

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 9 (1987)
Heft: 32

Artikel: Ist die Kernenergie am Ende?
Autor: Sinnhöfer, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652808>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

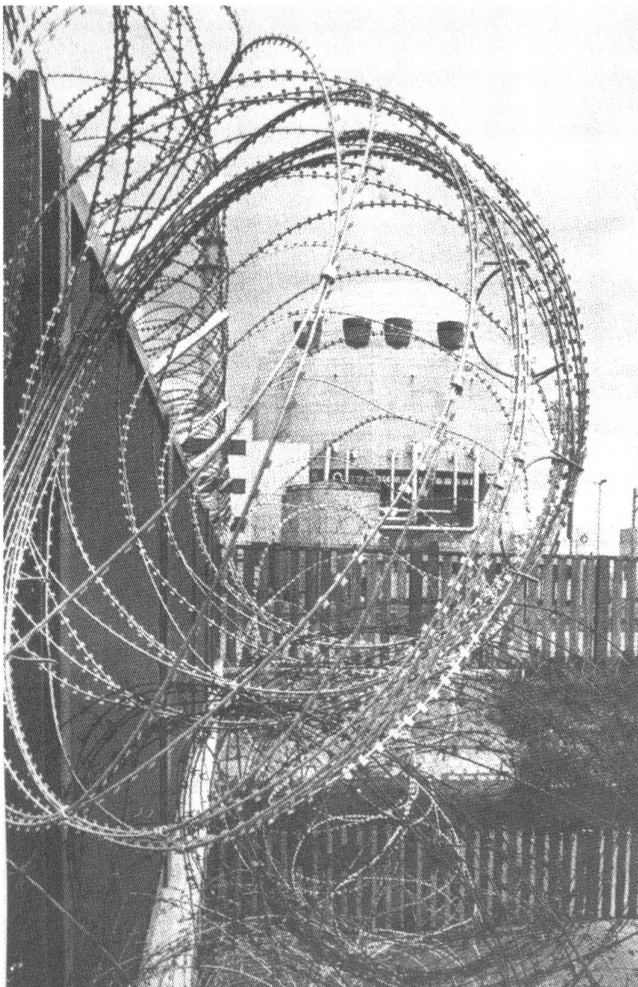
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist die KERN ENERGIE am Ende



Die Katastrophe von Tschernobyl ist auch an der bundesdeutschen Reaktorindustrie nicht spurlos vorbeigegangen.

Welche sicherheitstechnischen Überlegungen werden nach Tschernobyl für die deutschen Kernkraftwerke angestellt?

Wie versucht die Industrie politisch, die »eigene Haut« zu retten?

Wie sehen die Beschäftigten ihre Situation und welche Konsequenzen ergeben sich für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze?

Der folgende Artikel versucht einige Antworten zu geben.

von Karl Sinnhöfer

Nachdem die beiden großen Energiekonzerne Siemens und AEG zu Anfang ruinösen Wettbewerb zum Ausbau der bundesdeutschen Reaktorindustrie 1969 mit der Gründung der Kraftwerk-Union, in die sie 1973 auch ihre Reaktorabteilungen einbrachten, beendeten, ging es mit den ersten fetten Jahren der Kernenergie damals verhältnismäßig rasch zu Ende.

Siemens hatte seinen damaligen Partner aus dem immer kapitalintensiver werdenden Kernenergiegeschäft katapultiert und die AEG mit nahezu 1,8 Mrd DM Risikoübernahme für laufende Projekte einen finanziellen Stoß versetzt, von dem sie sich so schnell nicht mehr erholen sollte, und hart an den Rand der Pleite gedrängt. Die enthusiastischen Kernenergiezubau-Planzahlen, die sich Anfang der 70er Jahre bei fünf bis sechs KKW-Aufträgen für den 1300-MW-Reaktor pro Jahr bewegten, mußten vom KWU-Management ständig nach unten angepaßt werden und sind heute bei einer »Hoffnung« für zwei bis drei Kernkraftaufträge für die 90er Jahre gelandet. Diese Hoffnung nimmt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt als ähnlicher Zweckoptimismus wie die Planzahlen der 70er Jahre aus.

Das Dilemma bleibt, daß die Produktionskapazitäten der Ingenieurs- und Werksbereiche auf die optimistischen Annahmen ausgelegt sind.

Trotz steter Beteuerung der KWU-Führung »Wir sind doch keine Kern-Kraft-Union«, so der KWU-Vorsitzende Barthelt in einem Spiegel-Gespräch vom September 1986, liegt der Schwerpunkt der KWU-Aktivität eindeutig bei der Kernenergie. Hier winken Umsatz und Profit in völlig anderen Größenordnungen (Umsatz im KKW-Geschäft ca. 4 Mrd DM, bei konventionellen Kraftwerken ca. 600 Mio DM pro Jahr), hier hat die KWU auf dem Inlandsmarkt das Monopol, hier liegt aber auch eindeutig der Produktauftrag der Konzern-Mutter Siemens. Um konventionelle Kraftwerke zu bauen, wäre die Gründung der KWU nicht notwendig gewesen. Auch die AEG besitzt heute wieder eine eigene konventionelle Kraftwerksabteilung und die Interatom beschäftigt sich mit der kommerziellen Nutzung der Sonnenenergie.

Aus diesen Gründen setzt das KWU-Management auch weiterhin auf Profite durch Kernenergie, obwohl

▷ die Auslandsmärkte zunehmend schwinden und von starker internationaler Konkurrenz (Westinghouse, Framaton, Japan) und chronischer Unterkapitalisierung der Nachfrageländer bestimmt sind. Nach und nach stellte sich heraus, daß auch China und die Türkei die Hoffnungen nicht erfüllen konnten. Von den Angeboten aus Ägypten, den Niederlanden, Jugosla-

wien und der Schweiz bietet nur die Schweiz realistische Auftragschancen (im Konsortium mit BBC).

- ▷ Im Inland gibt es bei den derzeit installierten Stromkapazitäten von ca. 90 000 MWe und einer angenommenen Zuwachsrate von 3 % eine ganz normale Marktsättigung bis in die 90er Jahre und läßt auch ohne Tschernobyl keinen Bedarf für einen Zubau an Kernenergie erkennen – wie selbst Barthelt in dem Spiegel-Gespräch zugibt.

Die Anpassung an diese Situation soll durch Personalabbau gelingen. Eine an das Batelle-Institut in Frankfurt vergebene Studie, für die KWU neue Entwicklungsgebiete aufzuzeigen, war dann auch eher Legitimation für die Geschäftsleitung, auf dem Weg der Kernenergie weiterzumarschieren. Aus den in der Studie vorgeschlagenen Gebieten wie Biotechnik, Pyrolyse u.ä. wurde deutlich, daß die aus dem Kernenergiegeschäft gewohnten Kapitaldimensionen nicht erreicht werden bzw. erst langfristige Investitionen erfordern. Die Umsatzerwartungen lagen bestenfalls bei 300 bis 400 Mio DM jährlich. Da eine ernsthafte Umorientierung auf andere Produkte eine radikale Neuorientierung nicht nur auf andere Markterfordernisse, sondern auch auf andere Produktionsinhalte – weg von der »nuclear society« – bedeutete, bot die Batelle-Studie das erhoffte Argument gegen neue Produktionsbereiche.

Die Diskussion um die Sicherheit

Die in der Bundesrepublik in Betrieb befindlichen Leichtwasserreaktoren sind sicherheitstechnisch auf einen größten anzunehmenden Unfall (GAU) ausgelegt. Als GAU wird der vollständige Bruch einer Kühlmittel führenden Leitung bei gesicherter Nachwärmeabfuhr definiert. Systemtechnisch soll der GAU mit Notkühlsystemen mit $n + 2$ Kriterien beherrscht werden. D.h., kann ein Notkühlsystem bei einem GAU den Reaktorkern mit Wasser bedeckt halten und die Nachwärme abführen, so sind $1 + 2 = 3$ solcher Systeme einzusetzen. Erfüllt ein Notkühlsystem diese Funktion nur zu 50 %, so benötigt man zur Beherrschung des GAU zwei Systeme, also sind insgesamt $2 + 2 = 4$ Systeme zu installieren.

Die beiden in der Bundesrepublik gebauten Leichtwasserreaktortypen, der Siedewasser- (SWR) und der Druckwasserreaktor (DWR), unterscheiden sich in ihrem Notkühlverhalten erheblich. Beim SWR genügt es, ausschließlich den Reaktorkern mit Wasser bedeckt zu halten, die Nachzerfallswärme aus dem Reaktor in die sogenannte Kondensationskammer abzuleiten und sie von dort über Wärmetauscher an die Umgebung abzulenken. Beim DWR stellt sich die Situation erheblich schwieriger dar. Der DWR kann seine Nachzerfallswärme nur über die Dampferzeugung abführen. Das bedeutet, daß die Notkühlung sowohl den Reaktor als auch die Dampferzeuger mit Wasser versorgen muß. Ein 1300-MWe-DWR vom Typ Grohnde hat vier Dampferzeuger, d.h. die Notkühlung muß insgesamt fünf Behälter speisen und den Füllstand überwachen.

Nach den Reaktorunfällen von Three Miles Island und Tschernobyl ist aber das Unfallpostulat vom Bruch der Kühlmittelleitungen als größten anzunehmenden Unfall nicht mehr haltbar. Bei beiden Unfällen war der Ausfall einer anderen reaktorkomponente das auslösende Ergebnis, wodurch es dann zum Versagen aller Notkühlsysteme kam. Bei dem Unfall von Three Miles Island konnten schnell genug die Notkühlsysteme wieder in Betrieb gesetzt werden, so daß es zu keinem totalen Niederschmelzen der Reaktorkerns kam. In Tschernobyl gelang dies nicht mehr, und es kam zum Niederschmelzen des Kerns. Seit Leichtwasserreaktoren kommerziell betrieben werden, ist es also schon zweimal zu

Kernschmelzprozessen gekommen, aber noch nie zum Bruch der Kühlmittelleitungen.

Für die Auslegung der bundesdeutschen Leichtwasserreaktoren bedeutet das, daß die sicherheitstechnische Auslegung den wahrscheinlicheren Fall des Versagens aller Notkühlsysteme nicht abdeckt, den unwahrscheinlicheren Fall des Bruchs der Kühlmittelleitungen mit funktionierenden Notkühlsystemen mehr oder weniger gut beherrscht.

Um es deutlich zu machen: Auf den wahrscheinlichen Störfall des Kernschmelzens sind auch die bundesdeutschen Leichtwasserreaktoren nicht ausgelegt, die Beherrschung dieser Störfälle ist nicht gegeben.

Diesen Tatbestand muß auch die »nuclear society« zugeben. Jedoch tut sie das nur unter dem Hinweis auf die geradezu magische Rückhaltefunktion der Sicherheitsumschließung (Containment). Selbst im Falle eines Kernschmelzens bei einem DWR betrage die Zeit – so wird bei dem unterstellten Szenarium behauptet – bis zum Versagen des Containments vier bis fünf Tage.

Damit es auch danach nicht zum Bersten kommt, wird im Bedarfsfall das sogenannte »Wallmann-Ventil« installiert. Umweltminister Wallmann kam in der öffentlichen Diskussion nach Tschernobyl und um die Genehmigung des KKW Brokdorf, wie man die »sichersten« Reaktoren der Welt noch sicherer machen könne, mit dem Vorschlag, in das Containment ein Sicherheitsventil einzubauen, das den Druckabbau im Containment durch Ablassen der Atmosphäre an die Umgebung bewirken soll. Für das KKW Brokdorf ist ein solches Ventil vorgesehen, steht aber bis heute nur auf dem Papier. Nachgeschaltete Trockenfilter sollen Jod und Aerosole zurückhalten. Trotzdem wird man noch eine Freisetzung von $1 \text{ bis } 2 \cdot 10^5 \text{ Ci Jod 131}$ nach einem Vollständigen Niederschmelzen des Kerns zu erwarten haben.

Wenn das »Wallmann-Ventil« in den Störfallablauf eingreift, hat der glühende Reaktorkern bereits die Fundamentplatte durchschmolzen und versucht das Grundwasser. Diese Erkenntnisse sind auf der letztjährigen Herbsttagung des Projektes für nukleare Sicherheit (PNS) im Kernforschungszentrum Karlsruhe vorgetragen worden und damit der »nuclear society« bekannt. Nur redet keiner darüber, aber alle reden vom »Wallmann-Ventil«.

Seit November 1986 bringt eine Studie des TÜV Norddeutschland Aufregung in die Öffentlichkeit. In dieser Studie wird festgestellt, daß im Falle eines Kernschmelzunfalls in den beiden Siedewasserreaktoren Brunsbüttel und Krümmel das Containment in einem Zeitraum von 3 bis 21 Stunden durchgeschmolzen sein wird. Dieses Ergebnis ist banal. Beide Reaktoren haben ein Kugelcontainment mit einer Blechdicke von 32 mm. Jeder kann nachvollziehen, daß eine Schale dieser Dicke für eine Kernschmelze mit einer Maximaltemperatur von 2500°C keine langanhaltende Barriere darstellt.

Dieses Ergebnis ist für den Fortbestand der Kernenergie in der Bundesrepublik aber unwichtig. Sollte die Bundesregierung bei ihrer Verkündung bleiben, daß alle Reaktoren, die einer Sicherheitsüberprüfung nicht standhalten, abgeschaltet werden müssen, dann werden schlimmstenfalls die Siedewasserreaktoren abgeschaltet. Die »sicheren« Druckwasserreaktoren können damit gerettet werden. Die »Opfer«, die für den Fortbestand der Kernenergie im äußersten Fall gebracht werden müßten, sind damit angedeutet.

Diese Strategie liegt auch voll auf der Linie von Siemens-KWU, für die der Druckwasserreaktor sowieso die bessere Technik darstellt und der unter allen Umständen gerettet werden muß. Außerdem kann es sich die KWU auf dem schrumpfenden Kernenergiemarkt nicht mehr leisten, zwei Reaktorlinien weiterzuentwickeln

und zu vertreiben.

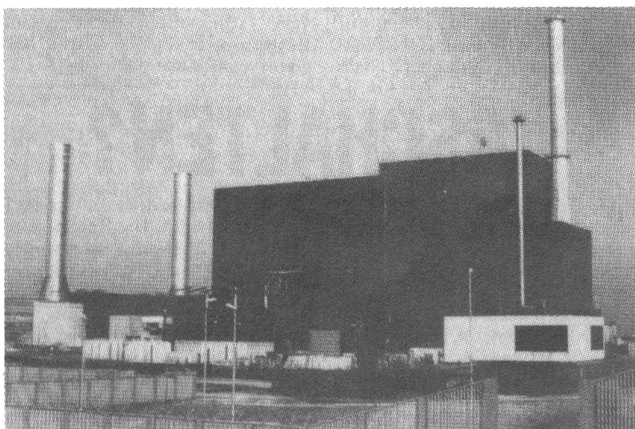
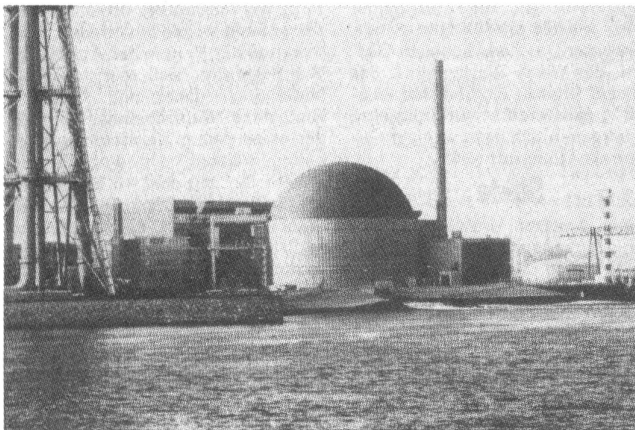
Das Problem in diesem Modell stellen nur die Betreiber der Siedewasserreaktoren dar, die nicht einsehen wollen, warum ihre Anlagen plötzlich unsicherer sein sollen als die Druckwasserreaktoren. Das ist aber kein technisches Problem mehr, sondern ein rein politisches und juristisches.

Was hier so zynisch klingt, ist die Strategie der »nuclear society«, sich nach Tschernobyl eine Zukunft für den Fall zu sichern, daß die Bevölkerung weiter skeptisch bis ablehnend der Kernenergie gegenübersteht. Sollten die Bundestagswahlen eine eindeutige Bestätigung der alten Bundesregierung ergeben, so ist auch diese Strategie nicht mehr notwendig. Dann wird Tschernobyl dem großen Vergessen unterliegen, und alles bleibt wie gehabt.

Der politische Hintergrund

Man muß sich fragen, warum verfolgt die KWU diese Strategie und warum wird sie dabei so vehement von der Bundesregierung und dabei vor allem von der CDU/CSU unterstützt?

Angenommen, die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik würden abgeschaltet und man wollte die installierte elektrische Leistung in etwa gleich lassen. Dann bräuchte man 22 000 MWe an Zubauleistung. Moderne konventionelle Kraftwerkseinheiten haben 700 MWe, d.h. es müßten rund 30 konventionelle Kraftwerke mit 30 Turbinensätzen gebaut werden. Vorausgesetzt, der Hauptteil der Aufträge ginge an die KWU, so würde das die Arbeit im



KWU-Kernkraftwerke: Stade (oben), Brunsbüttel (unten)

Werk Mühlheim sichern und für die Ingenieurstandorte Offenbach und Erlangen einen Zeitgewinn für die fällige interne Strukturreform bedeuten. Auch hierbei könnte die KWU gute Gewinne erwirtschaften. Warum also wird dieser Weg so bekämpft?

- ▷ Die KWU hat von Siemens den klaren Produktauftrag, ihre Profite mit Kraftwerksbau zu erzielen. Zu keinem Zeitpunkt aber hat der konventionelle Kraftwerksbau nur annähernd so viel Kapital in Bewegung gesetzt wie ein KKW und nicht annähernd eine solche Profitrate aber auch absolute Profite (die KWU dürfte mittlerweile über 6 bis 8 Mrd DM flüssige Mittel verfügen, die allein aus dem KKW-Bau geflossen sind) erzielt. Dies ergibt sich nicht nur aus der Marktsituation.
- ▷ In der Bundesrepublik ist die KWU auf dem Kernenergiesektor Monopolist und erzielt dadurch Extraprofit.
- ▷ In der Führungshierarchie der KWU und des Staates sitzen noch die Männer, die die friedliche Nutzung der Kernenergie seit den fünfziger Jahren mitgestaltet haben. Es ist also eine starke persönliche Identifikation mit dem »Lebenswerk« vorhanden, das man sich nicht kaputt machen lassen will.
- ▷ Der Abwehrkampf der Kernenergie wird interpretiert als der Abwehrkampf der bundesrepublikanischen Industriegesellschaft und ihrer extremen Weltmarktorientierung gegenüber dem alternativen und sozialistischen Lager. Ein Hauch von Götterdämmerung weht über diese Wallstatt, und das erklärt auch die aggressive Gereiztheit, mit der die KWU und die CDU/CSU Flagge zeigen.

Der letzte Punkt scheint wichtig, näher betrachtet zu werden, da in ihm Kernenergie und nationales Interesse miteinander vermischt werden. Auf dem Strategiesymposium der Hans-Seidel-Stiftung im September 1986 sagte der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß sinngemäß: Nicht weniger, sondern mehr technischer Fortschritt und die intensive Weiterentwicklung der Kernenergietechnik sei notwendig, um die Menschheitsprobleme an der Schwelle des dritten Jahrtausends zu lösen. Ein Volk, das nicht auf den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt setze und Wachstum verteuere, werde binnen kurzem seinen Wohlstand, seine innere und äußere Sicherheit und seine Stabilität verlieren. Kernenergie ist damit keine Technik zur Stromerzeugung, sondern Kernenergie ist nationale Stärke, ist Machtdarbietung auf dem Weltmarkt und damit eine bestimmte Rolle in der internationalen Politik. Kernkraftwerke können nicht von jeder »beliebigen Nation« errichtet werden, dafür ist die Technik zu komplex und zu gefährlich.

Erst durch den massiven Ausbau der Kernenergie habe sich Frankreich aus der Käse-Rotwein-Rolle lösen können und sei als Industrienation ernst genommen worden. In Bayern wird ganz massiv die Stromerzeugung auf Kernenergie umgestellt und damit die Umstellung vom Agrarland zum Industrieland demonstriert.

Weltmarktdominanz ist nicht bloß eine industrielle Güterproduktion, sondern eine industrielle Güterproduktion mit einer bestimmten Technik.

In den Denkkategorien der KWU und der herrschenden Politiker ist Stromerzeugung in konventioneller Weise low tech, mit Kernenergie high tech und mit regenerativen Methoden alternativer Quatsch, wenn nicht sogar systemischschädlich.

Das Land, das in der Lage ist, Kernkraftwerke zu bauen, kann andere Länder in Abhängigkeit bringen. Wer auf Kernenergie als westliches Industrieland verzichten will, muß also damit rechnen, an den Grundfesten politischer Machtausübung zu rütteln. »Nicht Amboß, sondern Hammer sein« war schon der Wahlspruch Werner Siemens.

Zusammenfassen kann festgestellt werden:

- ▷ Für die »nuclear society« und damit auch für die KWU hat sich in bezug auf das Produkt »Kernkraftwerk« seit Tschernobyl nichts geändert. Das Umfeld hat sich geändert und entsprechend mehr Produktwerbung wird gemacht (man vergleiche die derzeitige offensive Anzeigenkampagne der KWU in der Presse).
- ▷ Für die Konzerne und die Repräsentanten der Arbeitgeber sowie für die Politiker der CDU/CSU hat sich ebenfalls seit Tschernobyl in bezug auf die Nutzung der Kernenergie nicht geändert. Hier wird die Kernenergie mit vollständigem Brennstoffzyklus (Wiederaufarbeitung, Zwischenlagerung, Endlagerung, Anreicherung, Brennelementfertigung, Schneller Brüter) als Systemfrage definiert und entsprechend wird gegen die Gegner vorgegangen.
- ▷ Die SPD hat zwar Konsequenzen aus Tschernobyl gezogen, ist sich aber der vollen Tragweite ihrer Beschlüsse nicht bewußt. Hier steht mehr die technokratische Rechtfertigung des MW-Ersatzes als die politische Dimension im Vordergrund.

Die Beschäftigten

Für die Beschäftigten in der Kernreaktorindustrie hat sich seit Tschernobyl der moralische Druck sowohl innerhalb wie außerhalb des Berufs erhöht. Gleichzeitig nimmt die Angst um den Arbeitsplatz zu, weil niemand mehr um die Erkenntnis herumkommt, daß für die Kernenergie nur noch ein schrumpfender Markt existiert. Es bleibt nur die Frage, bis zu welchem Minimum geschrumpft wird.

Das bedeutet aber auch, daß sich die Beschäftigten der KWU in ihrer überwiegenden Mehrheit zu einer konservativen Manövriermasse entwickelt haben. Sie definieren ihr Wohl und Wehe allein über ihren Arbeitsplatz und haben sich politisch auf Gedeih und Verderb denjenigen ausgeliefert, die die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze einzig über Kernenergie definieren. So gesehen bilden sie die Fußtruppe der »nuclear society«. Für sie wird alles, was nicht zum Erhalt und Ausbau des Lebensstandards beiträgt, zum sozialen und wirtschaftlichen Abstieg. Ca. 50% der Angestellten werden außertariflich bezahlt, was ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 80 000 bis 85 000 DM in der untersten Gruppe bedeutet.

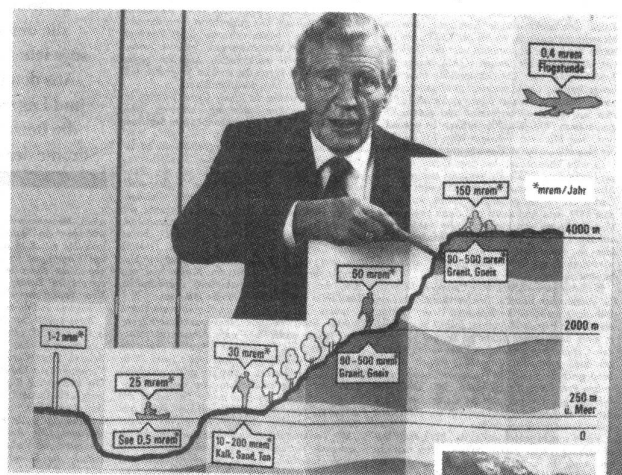
Der mit Tschernobyl entstandene Schrecken und die Nähe von Angst und Unsicherheit über die unmittelbare eigene Bedrohung hatten unter den KWU-Beschäftigten zu einer Nachdenklichkeit geführt, die kurzzeitig so etwas wie eine kritische Reflexion mit der eigenen Arbeit und dem eigenen Produkt hervorgebracht hat. Dies ist längst verdrängt und einem unerschütterlichen technischen Sendungsbewußtsein gewichen. Tschernobyl und die Legende vom Billigreaktor hat für sie offenbart, wie unzulänglich »unterentwickelte« Gesellschaften, insbesondere der Sozialismus, mit dieser »sensiblen« Technik umgeht und wie »qualifiziert« dagegen die »eigenen Produkte« sind. Dies zeigt natürlich, wie wenig komplex der Einblick für die große Mehrheit der KWU-Beschäftigten in ihre »eigene Arbeit« und in die Zusammensetzung und Probleme der KWU-Technik sind.

Unterstützt von der Mehrheit der Betriebsräte fühlt sich ein Großteil der Beschäftigten als kompetent genug, in Sachen Kernenergie in der Öffentlichkeit für die »sichersten Kernkraftwerke der Welt« zu werben. Da kann es die Firmenleitung getrost ihrer Betriebsvertretung überlassen, die Mitarbeiter nach der Devise »Wir haben die beste PR-Abteilung der Welt – unsere Mitarbeiter«,

Zu Wort gemeldet:
Dr. Karl Heinz Neeb

Verbeiratet
»Ich bin wissenschaftlicher Berater
im Hauptbereich Reaktortechnik
und Zentrale Entwicklung und

Leiter der Hauptabteilung Radio-
chemie/ Nachstrahlungsunter-
suchungen der Kraftwerk Union AG
in Erlangen.



Im Bild: Leiter der Hauptabteilung Radiochemie/Nachstrahlungsuntersuchungen der Kraftwerk Union AG in Erlangen.

Natürlich oder künstlich – es gibt keinen Wirkungsunterschied in der Radioaktivität

Hunderttausende verbringen ihren Urlaub wie ich im Gebirge. Ich weiß, daß dort in dünnerer Luft seit Jahrtausenden die radioaktive Strahlung wesentlich höher als am Meer ist. Radioaktivität ist ein Naturphänomen wie Klima und Wetter, sie ist keine Erfindung von Menschen.

Selbstverständlich kommt es auf die Menge der Strahlung an, der man sich aussetzt. Zuviel ist schädlich. So ist es mit der Sonne, dem Feuer, dem Wasser, dem Salz, mit Kälte und Wärme, mit allem, was die Natur hervorbringt. Die Strahlung und Radioaktivität aus

einem Kernkraftwerk belastet die Menschen in ihrer Umgebung jährlich mit einem einzigen Millirem, weniger als ein Hundertstel der Strahlungsmenge, die aus natürlichen Quellen erreicht.

Seit über 30 Jahren befasse ich mich wissenschaftlich mit Radioaktivität. Ich habe von Anfang an miterlebt, wie Kernkraft für friedliche Zwecke nutzbar gemacht wurde.

Die fächer Sicherheitsbarrieren deutscher Kernkraftwerke gelten in Konstruktion und Qualität weltweit als vorbildlich; seit dem Start des ersten

Kernkraftwerks vor 25 Jahren wurde in der Bundesrepublik Deutschland noch nie ein Mensch durch Strahlung aus einem Kernkraftwerk gefährdet.

Kernkraft heißt Sicherheit. Sicherheit im Betrieb, Sicherheit für unsere Energieversorgung, Sicherheit für Mensch und Natur.

Sicherheit ist unser Grundgesetz.



Kraftwerk Union Aktiengesellschaft · Wiesenstraße 35 · D-4330 Mülheim an der Ruhr
Wir bauen Kohle- und Kernkraftwerke

»Jeder ein Produktwerber, ein Kernenergie-Botschafter« auf die Rettung der Kernenergie (sprich: Arbeitsplätze) einzuschwören.

Währenddessen schafft die Firmenleitung das Umfeld, daß die Mitarbeiter auch ausreichend dafür motiviert werden. Offen und nüchtern präsentiert sie auf Betriebsversammlungen und in Veröffentlichungen ihre arbeitsplatzpolitische Bilanz: Abbau von 30% der Beschäftigten in den nächsten Jahren. Während die Firmenleitung unterstützt von der Mehrheit der Beschäftigten, verlorene Märkte glaubt wieder herbeireden zu können, und mahndend zur »richtigen« Wahl am 25. Januar aufruft, suggeriert sie den Weg eines »sanften« Personalabbaus. So sollen in den nächsten fünf bis zehn Jahren nach Plänen der Geschäftsleitung und des Betriebsrates ca. 4 000 bis 5 000 Arbeitsplätze abgebaut werden ohne Entlassungen. Wie dies praktisch vorstatten gehen soll, indem nur Fluktuation und vorgezogene Altersruherregelungen nicht ersetzt werden, wird nicht erklärt. Da hat die Strategie der IG Metall, die von einem Ausstieg aus der Kernenergie und einem Ende des Kernenergiemarktes in der BRD ausgeht und eine Umstrukturierung und alternative Beschäftigungskonzepte zur Sicherung der Arbeitsplätze fordert, allenfalls bei einer Minderung der Beschäftigten eine Chance.